

Hassel, Anke

Article — Published Version

Contra: Koalitionsvertrag - zu viel Staat? Gute Ansätze

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hassel, Anke (2018) : Contra: Koalitionsvertrag - zu viel Staat? Gute Ansätze, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Springer, Heidelberg, Vol. 98, Iss. 2, pp. 75-, <https://doi.org/10.1007/s10273-018-2245-3>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/177741>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Contra: Koalitionsvertrag – zu viel Staat?

Gute Ansätze

Nach dem Koalitionsvertrag der Großkoalitionäre sollen in der nächsten Legislaturperiode 46 Mrd. Euro an öffentlichen Mitteln verteilt werden. Dafür werden keine Steuern erhöht, sondern die neue Bundesregierung gibt gleich an mehreren Stellen Geld an die Bürger zurück: zum einen durch eine direkte Steuerentlastung in Höhe von 10 Mrd. Euro durch die teilweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags und durch die Reduzierung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Die (Teil-)Abschaffung des Solidaritätszuschlags wird mittelfristig ein substantielles Loch in den Bundeshaushalt reißen, das Risiken birgt. Zum anderen gibt die Bundesregierung Finanzmittel durch die finanzielle Förderung von Familien durch die Erhöhung des Kindergeldes sowie durch die Einführung des Baukindergeldes, der Grundrente und vieles andere mehr zurück. Damit entlastet die Regierung mittlere Einkommen und verbessert die Mindestsicherung von Geringverdienern und Familien mit Kindern. Die seit Jahren schrumpfende Mittelschicht kann sich dadurch wieder konsolidieren.

Gleichzeitig sind die Ziele bei den öffentlichen Investitionen ambitionierter als im Koalitionsvertrag 2013. Die öffentlichen und privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollen auf 3,5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) steigen; die zusätzlichen öffentlichen Investitionen in Bildung, Verkehrsinfrastruktur, Digitalisierung und Wohnungsbau belaufen sich auf 22 Mrd. Euro. Damit lässt sich die Investitionslücke in Deutschland langsam schließen. Wir sollten nicht vergessen, dass Deutschland im Bereich der öffentlichen Investitionen sowohl als Anteil am BIP als auch als Anteil an den Investitionen insgesamt deutlich unter dem Durchschnitt von EU und der OECD liegt. Wer einmal eine Schule oder ein Rathaus in Berlin besucht hat, wundert sich über diesen Befund nicht. Diese Investitionen sind nicht nur wünschenswert, sondern für die Zukunft dieses Landes unabdingbar. Zudem will die neue Bundesregierung 17 000 neue Stellen im Bereich der Polizei und Justiz schaffen. Der Bedarf ist unübersehbar. Seit dem Jahr 2000 sind über 200 000 Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut worden, davon 12 000 Beamte und Richter. Und auch in Hinblick auf die Bedeutung des öffentlichen Dienstes schneidet Deutschland im internationalen Vergleich eher moderat ab: Im Schnitt der OECD sind ungefähr 20 % der Beschäftigten im öffentlichen Sektor; in Deutschland sind es nur 15 %.

Von zu viel Staat kann daher nicht die Rede sein. Allerdings hätte man sich an manchen Stellen mehr Mut gewünscht. Erstens ist die Belastung der unteren Einkommen durch Steuern und Sozialversicherungsabgaben in Deutschland sehr hoch. Hier hätten die Koalitionäre mit einer systematischen Entlastung der Geringverdiener ansetzen können. Die EU-Kommission mahnt in ihren länderspezifischen Empfehlungen diesen Punkt schon seit Jahren an. Zweitens werden viele Sozialtransfers erst aufgrund des großen Niedriglohnsektors in Deutschland notwendig. Höhere Löhne und Gehälter insbesondere in den staatsnahen Sektoren der sozialen Dienstleistungen würden langfristig dazu beitragen, Sozialausgaben zu reduzieren. Hier kann eine Stärkung der Tarifbindung helfen. Drittens ist bei den öffentlichen Investitionen auch jetzt noch Luft nach oben. Schulen brauchen nicht nur neue Gebäude, sondern auch ein besseres Schulesen, mehr Sozialarbeiter und Psychologen, Schulorchester und Sportplätze. Kommunen sollten wieder in die Lage versetzt werden, Schwimmbäder zu finanzieren und ihre Bürgerämter und öffentliche Bibliotheken mit modernen Technologien auszustatten. Die Sparhaushalte der letzten Jahrzehnte und die Schuldenbremse haben im gesamten Land tiefe Spuren hinterlassen. Es ist gut, wenn die neue Bundesregierung anfängt, dies zu korrigieren.



Anke Hassel ist wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung und Professorin an der Hertie School of Governance.

Anke Hassel
WSI
anke-hassel@boeckler.de